OFFENE LINKE ANSBACH

DIE LINKE.
Landkreis Ansbach

Ansbach, 27.05.2010

Gemeinsame Pressemitteilung

Kommunen in der Krise: Ausbluten der Städte und Gemeinden stoppen

Angesichts der sich verschärfenden kommunalen Finanzkrise erklären der Vorstandssprecher des Kreisverbandes DIE LINKE Ansbach/WUG, Peter Gramm, der mittelfränkische Bezirksrat Uwe Schildbach und der Ansbacher Stadtrat der Offenen Linken, Boris-André Meyer, gemeinsam:

„Laut Informationen des Bayerischen Städtetages sind die Einnahmen der Kommunen im Freistaat 2009 in Höhe von 1,4 Mrd. Euro gesunken. Die Gewerbesteuer ist um 19% eingebrochen, 2010 wird ein erneuter Rückgang um 4,3% erwartet. Der fortgesetzte Rückzug des Bundes bei der Finanzierung von gesamtstaatlichen Aufgaben, wie etwa die Aufbürdung weiterer Kosten von Hartz IV auf Kommunen, befördert diese untragbare Entwicklung.

Das umlagewirksame Defizit des Bezirks Mittelfranken in seiner Prognose für die kommenden drei Jahre in Höhe von 263 Millionen Euro wird die Städte und Gemeinden in unserer Region neben Einnahmeausfällen auch gravierenden Mehrausgaben aussetzen. 95% des Bezirkshaushaltes bestehen aus gesetzlichen Pflichtaufgaben. So bedeutet die Prognose bei derzeitiger Umlagekraft für die Stadt Ansbach zusätzliche Ausgaben von 5,5 Millionen, für den Landkreis 21,8 Millionen Euro.
Die schwarz-gelben Regierungen in Berlin und München haben keinerlei Interesse an einer Stärkung der Kommunalfinanzen, im Gegenteil: FDP und Teile der Union wollen im Zuge einer sog. „Gemeindefinanzkommission“ die Haupteinnahmequelle der Kommunen, die Gewerbesteuer, zerschlagen.

Ansbacher CSU versündigt sich an junger Generation
Anstatt wirksame Gegensteuerung im Interesse der Kommunen zu unterstützen, stellte die Ansbacher CSU auf ihrer jüngst abgehaltenen Jahreshauptversammlung ein Programm des sozialen Kahlschlags vor: Für die von Banken und Spekulanten verursachte Krise solle bei den Renten, bei den Arbeitslosen und bei der Bildung gekürzt werden.
Mit solchen Forderungen zu Lasten der kleinen Leute sowie Schülern und Studenten versündigt sich die CSU an der jungen Generation und an der Zukunft des Landes sowie unserer Region.

MdL Breitschwert und seine Gefolgschaft haben offensichtlich nichts dazu gelernt. Wir rufen die christsozialen Kräfte dieser Partei auf, den neoliberalen Irrweg zu verlassen, der das Finanzsystem an den Rand des Kollaps gebracht hat.
Der MdL selbst wäre gut beraten, auf Landesebene zumindest Ansätze von Aktivitäten für eine bessere Finanzausstattung der Kommunen erkennen zu lassen statt seinem gelenkten Parteinachwuchs die Verbreitung marktradikaler Ideologien aufzutragen.

Städte und Gemeinden dürfen nicht das Bauernopfer der Krise sein
Das Ausbluten der Kommunen muss gestoppt werden. Städte und Gemeinden, die Landkreise und Bezirke, nehmen wichtige Aufgaben für die Menschen wahr. Bildungsangebote, Gesundheits- und Energieversorgung, Kultur und ÖPNV vor Ort dürfen nicht die Bauernopfer für die milliardenschweren Rettungsschirme für Banken werden.

Wir sind uns bewusst, dass mehr Geld für die wichtigen Funktionen der Kommunen an anderer Stelle auch eingespart werden muss. Das darf jedoch nicht zu Lasten der Bildung und des Sozialstaates gehen. Das Einsparpotenzial liegt vielmehr im Bereich der Subventionierung von großen Konzernen und beim Militär. Allein der Kriegseinsatz in Afghanistan kostet die Steuerzahler über drei Milliarden Euro pro Jahr, wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) jetzt errechnet hat.

Der Bund muss mit einer wirksamen Finanzmarktbesteuerung dafür sorgen, dass nicht die Kommunen, sondern die Verursacher der Krise für deren Bewältigung bezahlen. Um die kommunalen Finanzen nachhaltig zu entlasten, fordern wir eine deutliche Erhöhung der staatlichen Sozialhilfeausgleichszahlungen.

Gemessen an der Entwicklung der Einkommensverteilung der letzten Jahre und Jahrzehnte wäre eine Millionärssteuer als Solidaritätsbeitrag zu Gunsten der Kommunen Gebot der Stunde zur Sicherung der Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden für ihre Bürgerinnen und Bürger.“

Peter Gramm *Uwe Schildbach* *Boris-André Meyer*